

## **Konsequent gegen Nazis**

Die NPD/JN hat regional erschreckenden Zulauf. Die „Spitzenkandidaten“ der NPD-Wahlliste sind Kader einer verbotenen Nazi-Kameradschaft. Ralf Ollert sitzt für die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ im Stadtrat.

Mindestens einmal im Jahr findet in Nürnberg und Umgebung ein größerer, bisweilen bundesweiter Nazi-Aufmarsch statt.

Auf juristische Mittel zum Verbot dieser Aufmärsche wird zumeist verzichtet. Zu Gegenaktivitäten von städtischer Seite kommt es i.d.R. erst, wenn Druck von antifaschistischen Basisinitiativen aufgebaut wird.

Übergriffe auf MigrantInnen, Obdachlose und Linke gehören ebenso zu den rechten Machenschaften wie die sog. Anti-Antifa-Arbeit, also die Veröffentlichung politischer GegnerInnen in rechten Publikationen und im Internet. Statt dagegen vorzugehen werden AntifaschistInnen in ihrer Arbeit von staatlichen Organen behindert und kriminalisiert.

## **Um eine starke antifaschistische Gegenkultur zu fördern, fordern wir:**

- Keinerlei Duldung rechtsextremer Aufmärsche und Propaganda
- die Ausschöpfung aller juristischen und politischen Möglichkeiten bis hin zur Verhinderung durch zivilen Ungehorsam
- das Verbot aller faschistischen Parteien, Organisationen und Vereine
- Aufklärung der Verstrickung zwischen NPD, Verfassungsschutz und rechtsterroristischen Strukturen (z.B. Anti-Antifa)
- Keine Kriminalisierung von AntifaschistInnen und antifaschistischem Widerstand
- Finanzielle Mittel und Bereitstellung von Räumen für antifaschistische Basisinitiativen, Kultur- und Bildungsarbeit

## **Gegenwehr organisieren**

Der Kampf für eine bessere Welt wird nicht im Stadtrat entschieden. Wir wissen: Unsere Forderungen lassen sich nur verwirklichen, wenn es starken politischen Druck auf die Kommune gibt.

Das **Sozialforum Nürnberg** gibt Menschen die Möglichkeit, eine gemeinsame Praxis des Protests und Widerstands zu entwickeln. Dort treffen sich seit Sommer 2004 Einzelpersonen, Gruppen und verschiedene Organisationen, die sich gegen die kapitalistische Globalisierung zur Wehr setzen.

Das **Sozialforum Nürnberg** trifft sich jeden zweiten Montag eines Monats um 19.30 Uhr im kleinen Saal des Nachbarschaftshauses Gostenhof.

### **Kontakt:**

Elisabeth Ramthun  
Stadtteilzentrum Desi  
Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg  
Telefon: 09 11/33 69 43

Konto 973983805  
Postbank München  
BLZ 700 100 80

## **Kommunalpolitischer Ratschlag des Sozialforums**

## **Nürnberg als soziale Stadt**

**16. Februar 2008**

**11.00 – 17.00 Uhr**

**Nachbarschaftshaus  
Gostenhof – Großer Saal  
Adam-Klein-Straße 6  
90429 Nürnberg**

**Eine andere Welt ist  
nötig und möglich**

# Kommunalpolitischer Ratschlag des Sozialforums Nürnberg

Ob mit der Stadtratswahl am 2. März die „Große Rathauskoalition“ von CSU, SPD und Grünen beendet wird, wissen wir noch nicht.

Sicher ist, dass ihre Politik der vergangenen Jahre für drastische Ausgabenkürzungen, für Einschränkungen städtischer Leistungen, für ständigen Personalabbau und für massive Einschnitte bei den Zuschüssen an ökologische, soziale, bildungspolitische und kulturelle Initiativen steht. Dass dies negative Auswirkungen auf die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen vieler EinwohnerInnen hatte und noch immer hat, darf nicht verschwiegen werden.

Nach dem Armutsbericht sind in Nürnberg 160.000 Menschen arm oder von Armut bedroht. Jeder weitere Abbau der Leistungen für die BürgerInnen gefährdet die sozialen Grundlagen der Stadt.

Deshalb brauchen wir eine solidarische Sozialpolitik, die allen Menschen ein Leben in Würde garantiert.

Eine Politik zugunsten von Unternehmen und KapitalbesitzerInnen lehnen wir ab. Die Kommunalpolitik muss dazu beitragen, die Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen grundlegend zu ändern, um die Spaltung der Stadt in Armutsghettos und Wohlstandsinseln rückgängig zu machen.

Kommunale Daseinsvorsorge, wie Versorgung mit Wasser, Energie, etc., dürfen nicht privatisiert werden.

Beim „**Kommunalpolitischen Ratschlag des Sozialforums**“ wollen wir nicht nur Forderungen an den nächsten Stadtrat formulieren, sondern auch Strategien überlegen, wie wir uns gemeinsam und effektiv in die Kommunalpolitik einmischen können.

**Dazu laden wir alle herzlich ein.**

## Programm

### 11.00 Einführung in die Thematik

Moderation: Elisabeth Ramthun

### 11.15 – 12.00 Podium 1

#### Neoliberalismus in der Kommunalpolitik

Referat 1 mit Moe Hierlmeier:

Die Kommunen und die neoliberale Modernisierung

Referat 2 mit Uschi Lischke:

Die Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge

Diskussion

### 12.15 – 13.30 Podium 2

#### Lokale Brennpunkte

Moderation: Ludwig Wenk

**Armut:** Günther Schedel-Gschwendtner, GEW

**Verkehr:** Tom Konopka, Bund Naturschutz

**Wohnen:** Rainer Hess, Mieter helfen Mieter

**Migration:** Pfr. Kuno Hauck, Bündnis aktiv für Menschenrechte

**Konsequent gegen Nazis:** Renate Linke, rl  
Diskussion

### 14.00 – 15.30 AGs

**AG Soziales:** Input zu Frauenarmut  
zuständig: AG Frauen des SF

**AG Konsequent gegen Nazis**  
zuständig: Radikale Linke –  
Projekt revolutionärer Organisation

**AG Kommunale Daseinsvorsorge:**  
Input zu Energieversorgung  
zuständig: Ludwig Wenk

**AG Arbeitsmarktpolitik:**  
Input zu „drittem Arbeitsmarkt“  
zuständig: ANA Aktionsgemeinschaft Nürnberger  
Arbeitsloser

### 15.45 – 16.05 Stadtluft macht frei

Ein Historienspektakel der ANA-Theatergruppe.

### 16.05 – 17.00 Präsentation der Ergebnisse

Wie geht's weiter? Wie können sich soziale Gruppen in der Kommune einmischen?

## Wir fordern:

- Soziale Tarife in den Energie- und Verkehrs betrieben der Stadt
- Wiedereinführung der Beihilfen für Klein- und Schulkinder und lebensnotwendige Sonderausgaben
- Ausbau aller Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren mit verbessertem Personalschlüssel und Familienbildungskompetenz
- Einberechnung des Mittagessens aller ganztägigen Einrichtungen für Kinder und Schüler die Gebühren
- Kostenloser Zugang zu Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen
- Die Stadt Nürnberg soll sich für die Erhöhung des Regelsatzes (Alg II) auf 500 Euro einsetzen
- Übernahme der tatsächlichen Miet- und Heizkosten der Alg-II-EmpfängerInnen
- Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs der Stadt sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
**Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze!**

## Gleiche Rechte für MigrantInnen

In Nürnberg leben etwa 90.000 MigrantInnen, im alltäglichen Leben vielfach benachteiligt und in den. Besonders prekär ist die Situation geduldeten Flüchtlinge. Sie leiden unter Residenzpflicht, Arbeitsverboten, Nachrangigkeit bei der Vergabe von Arbeitsstellen, verweigerten Bildungsmöglichkeiten und dem Fehlen jeglicher Lebensperspektive.

## Wir fordern:

- die Schließung aller Lager, dezentrale Unterbringung in Wohnungen
- die Aufhebung von Arbeitsverboten, Nachrangigkeit und Residenzpflicht
- Abschiebungen stoppen, keine Abschiebebehörden
- Einführung von Deutsch als Fremdsprache Schulen
- die Anerkennung von Qualifikationen und faire Förderung und Weiterbildung
- die Beendigung rassistischer Kontrollen und Anzeigen wegen illegalen Aufenthalts
- Bleiberecht statt Ausgrenzung, keine Abschiebungen nach Irak und anderswo